



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/67 - 20.3.1952

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 376 54-59
Fernschreiber 039 890

Zur Grandval - Rede <i>S. 1</i>	S. 1
Frankreich und die Sowjet - Note	S. 3
Neudeutsche Diplomatie	S. 4
Der empfindliche Kanzler	S. 5

Vorspiel zur Kapitulation ?

(sp) Alles, was der deutsche Bundeskanzler auf die provozierende Rede des französischen Botschafters an der Saar, Gilbert Grandval, zu sagen hatte, war, daß sie völlig überflüssig gewesen sei. Diese etwas salopp anmutende und von philosophischer Gelassenheit zeugende Reaktion Adenauers auf eine Rede Grandvals, die alles übertrifft, was man von dieser Seite bisher gewohnt war, steht freilich in bezeichnendem Gegensatz zur Entlassung des Saar-Referenten im Auswärtigen Amt, Strohm. Sie erfolgte auf persönliche Anweisung des Außenministers und Bundeskanzlers.

Was hatte der Unglückliche getan ? Hatte er sich etwa mitschuldig an den Juden-Deportationen gemacht ? War er im Rademacher-Prozeß genannt worden ? Weist seine Vergangenheit dunkle Flecken auf ? Mitnichten - Strohm hatte die "Unvorsichtigkeit" begangen, einem UF-Korrespondenten über die Saar-Ab-sichten des Bundeskanzlers beim Minister-Treffen des Europa-Rates Auskunft zu geben. Wurden Geheimnisse preisgegeben ? Der Bundeskanzler selbst führte, als er die leidige Saar-Frage im Europa-Rat zur Sprache brachte, einen bindenden Auftrag des Deutschen Bundestages durch. Es existiert sogar ein freilich in seinem Inhalt der deutschen Öffentlichkeit noch nicht bekanntgewordenes Saar-Memorandum, das im Konkreten bestimmte

Vorschläge und Forderungen über die Wiederherstellung der menschlichen und politischen Grundrechte an der Saar enthält. Ein Dokument also, das gewissermaßen den Standpunkt der Bundesregierung festlegt und zu dem Stroh einige Erläuterungen gab.

Wollte der Bundeskanzler an seine eigene, wenigstens äußerlich zur Schau getragene Standhaftigkeit in der Saarfrage jetzt nicht mehr erinnert werden? Es wäre nicht das erste Mal - auch in der CDU/CSU-Fraktions-Sitzung, die der Wehrdebatte im Bundestag voranging, gefiel sich Adenauer in der Rolle eines starken Verhandlungspartners, um dann nachher in aller Öffentlichkeit davon wieder abzurücken.

Es bleibt unergründlich, was der Kanzler eigentlich mit dem "überflüssig" meinte. War die Grandval-Rede deshalb überflüssig, weil sie wieder einmal die französischen Saar-Absichten in einer jeden Zweifel ausschließenden Deutlichkeit bestätigte? Oder gibt sich der Bundeskanzler noch der Illusion hin, daß er als Belohnung auf deutsche Vorleistungen, die er mit der Durchpeitschung des Schuman-Planes und den Verhandlungen über die Teilnahme an einer Europa-Armee gab, die französische Regierung zu einer Umkehr ihrer bisherigen Saarpolitik bewegen kann und aus diesem Grunde Grandvals Auslassungen als zumindest unzeitgemäß empfand?

Der Bundeskanzler sagte nach seiner erster Unterredung mit Außenminister Schuman, die Saarfrage gehe in Ordnung, und in französisch fügte er hinzu, sie stehe gut. Das offizielle Frankreich trägt einen ausgesprochenen Optimismus zur Schau, und es wird wissen, warum. Sowohl Grandval als auch der französische Außenminister Schuman versicherten die Entschlossenheit Frankreichs, am gegenwärtigen status quo festzuhalten und sich unter keinen Umständen auf eine Diskussion einzulassen, die an diesen status quo, etwa durch die Neuzulassung von echten, politischen, nicht frankophilen Parteien an der Saar führen könnte. Jede "Europäisierung" des Saarlandes wird im Zeichen und im Schatten dieser französischen Absichten stehen. Der Bundeskanzler hat sich an der Saar in eine Lage verrennt, die ihn, wie es jetzt aussieht, nur die Wahl zu einer Scheinlösung übrig läßt.

Paris und der Ruf aus dem Osten

Von unserem Pariser Korrespondenten Alfred Frisch

Bei den in der französischen Parlamentsdebatte über die Europaarmee und die deutsche Wiederaufrüstung vorgebrachten Argumenten und Ansichten hätte eigentlich der neue russische Vorstoß in Paris auf einen sehr günstigen Boden fallen sollen. Es entspricht weitgehend dem französischen Wunsch, eine deutsche Wiederaufrüstung so lange wie nur möglich zu verhindern und das Gespräch zwischen Ost und West nicht zuletzt aus diesem Grunde wieder in Gang zu bringen. In Wirklichkeit war jedoch das französische Echo auf die Sowjetinitiative wesentlich zurückhaltender. Langsam gewöhnt man sich an den Gedanken des deutschen Wehrbeitrages und die damit verbundenen Risiken. Man empfand es daher als störend, durch Moskau neuen Tatsachen gegenübergestellt zu werden und gleichzeitig neuen, noch unbekanntem Gefahren. In offiziellen Kreisen vernachlässigte man ferner nicht die neutralistischen Strömungen in Frankreich, die sofort jede Geste der Sowjets in eine Friedensbotschaft verwandeln, weniger aus prokommunistischen Gefühlen heraus als in dem Wunsch, um jeden Preis den Frieden zu erhalten, sowie eine möglichst große Unabhängigkeit den Vereinigten Staaten gegenüber. Innerhalb der französischen öffentlichen Meinung sind die neutralistischen Strömungen von einer nicht zu unterschätzenden Stärke.

Von dem tiefen Mißtrauen jeder Sowjetinitiative gegenüber abgesehen denkt man langfristig an das wahre Schreckgespenst einer neuen deutsch-sowjetischen Einigung auf dem Rücken der Westmächte. Man fragt sich in diesem Zusammenhang, welches Interesse Moskau hat, plötzlich einem geeinten Deutschland über dessen eigene Erwartungen und Absichten hinaus eine Wehrmacht zuzugestehen. Es könnte nur in der Hoffnung oder beinahe in der Gewißheit geschehen, dieses geeinte Deutschland in nicht allzu ferner Zukunft in den sowjetischen Machtbereich einzubeziehen. Wenn sich Frankreich zur Schaffung der Europaarmee entschloß, um eine unabhängige, deutsche Wiederaufrüstung auszuschließen, ist es jetzt bestimmt nicht gewillt, zugunsten einer noch unabhängigeren Wehrmacht auf die

Europaarmee zu verzichten. Ein weiterer Stein des Anstoßes ist die russische Anspielung auf die Grenzen von Potsdam. Das bedeutet zwar für Deutschland die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie, für Frankreich aber gleichzeitig den Verzicht auf die Saar. Schon aus diesem Grunde erklärte der Quai d'Orsay sehr schnell, die Oder-Neiße-Linie könne nicht ohne weiteres gebilligt werden, obwohl Frankreich an der deutschen Ostgrenze völlig uninteressiert ist. Man möchte lediglich aus der Zustimmung zur Oder-Neiße-Linie ein Handelsobjekt machen, und vor allen Dingen als Gegenleistung die sowjetische Unterstützung für die Saar erhalten.

All diese Vorbehalte hindern allerdings Frankreich nicht daran, die Sowjetinitiative positiv aufzunehmen und zusammen mit Großbritannien zu versuchen, die Vereinigten Staaten von der Notwendigkeit einer neuen Konferenz zu überzeugen. Paris sieht keinen anderen Weg zur Erhaltung des Friedens als immer wieder aufgenommene Verhandlungen mit Moskau, selbst wenn man sich über die zu erwartenden Ergebnisse keine allzu großen Illusionen macht. Im Hintergrund, man könnte fast sagen im Unterbewußtsein, erwünscht sich schließlich die französische Diplomatie ein Mindestmaß von Verständigung zwischen der Sowjetunion und den drei Westmächten, weil sie darin die einzige Möglichkeit sieht, die ihr unliebsame neue deutsche Expansion einzudämmen.

+ + +

Neudeutsche Diplomatie

(sp) Der Direktor der Bank deutscher Länder und gegenwärtige Leiter der deutschen Delegation bei der Londoner Schulden-Konferenz, Dr. Abs, gilt auf seinem Fachgebiet als ein äußerst kluger Mann. Mit den diplomatischen Fähigkeiten aber scheint es bei ihm zu hapern. Sie sind für eine solche Aufgabe aber ebenso wichtig wie Nachwissen.

Die in London akkreditierten in- und ausländischen Presseleute hatten zu Beginn der delikaten Schuldenverhandlungen zu einer Pressekonferenz auch den deutschen Delegationsführer gebeten. Die Journalisten, die Wortführer der öffentlichen Meinung, waren nicht wenig erstaunt, als Abs ihnen sagte, er habe eigentlich anderes zu tun, als ihnen etwas zu erzählen. Und in einem anderen Zusammenhang: "Wir stehen im Grunde genommen 34 Feinden gegenüber". Was sollte es da noch wundern, wenn das Ergebnis dieser Konferenz, bei der es um Milliardensummen geht, für die deutsche Seite entsprechend ausfallen wird?

Der Direktor der Länderbank heißt zwar ABS, aber das ABC der Diplomatie beherrscht er nicht.

+ + +

Rühr - mich - nicht - an ?

Daß der Bundeskanzler jeder Kritik gegenüber empfindlich ist und in allen Bemerkungen, die seine nicht immer sehr harmonische Politik beleuchten, gleich eine persönliche Beleidigung sieht, ist bekannt. Wie sehr ihm gleich dem Kräutchen Rühr-mich-nicht-an bei der leisesten Erschütterung der Krage - oder das Selbstbewußtsein - platzt, hat vor kurzem erst Werner Finck erfahren, der ob dieser wohl hoffnungslos unverbesserlichen Eigenschaft des Kanzlers und Außenministers resignierend - wenigstens was den Bereich der Ätherwellen anbelangt - in eine Art innerer Emigration flüchtete.

Vielleicht aber ist die Empfindlichkeit nur vorgeschoben, und in Wirklichkeit steht hinter dem Kräutchen oder der Jungfer Rühr-mich-nicht-an nur der unbeherrschte Drang, in allen Dingen Recht haben und die gegnerische Meinung auf jeden Fall unterdrücken zu wollen. Gewisse Paragraphen des Pressegesetzentwurfs deuten darauf hin. Auch der Prozeß gegen den Plakatmaler Karl Türbsch in Minden scheint weniger der Ahndung einer Beleidigung als vielmehr der Unterdrückung der Meinungsfreiheit gedient zu haben.

Das Corpus delicti, ein Propagandaplakat des Malers Türbsch, lag in Form einer Fotokopie auf dem Richtertisch: Adenauer mit Kranz und Bibel, unter seinen Füßen, geduckt, der Normalverdiener, im Hintergrund auf der einen Seite ein Großverdiener mit Auto, Sekt und Mädchen und auf der anderen Seite zerbrechliche Gestalten an Trümmermauern. Es ist klar, daß Adenauer hier nicht als Bundeskanzler "persönlich", sondern als Symbol einer so gern als christlich bezeichneten Politik steht, deren im Plakat illustrierte Folgen ein Blick in eine jede Großstadtstraße bestätigen wird.

Urteil für den Maler des Plakates: drei Monate Gefängnis mit der Begründung, daß die tatsächlichen Angaben des Plakats zutreffen mögen, daß aber die Zeichnung geeignet gewesen sei, das öffentliche Wirken des Kanzlers zu erschweren. Das moralische Urteil der CDU im Deutschland-Union-Dienst vom 18.3.1952: "Das ist Verunglimpfung eines politischen Gegners mit Mitteln, die jedem anständig Gesinnten die Schamröte ins Gesicht treibt".

Die Schamröte ins Gesicht, so sollte man meinen, treibt jedem anständig Gesinnten die Politik der Bundesregierung, die auf der ganzen Linie von der Flüchtlings- und Renten- über die Preis- und Steuerpolitik bis hin zum Schuman-Plan und Wehrbeitrag die Politik zugunsten der Großverdiener bald im Namen des europäischen Zusammenschlusses, bald im Namen der Humanität, und bald auch im Namen des Christentums betrieben wird. An diese Dinge nicht zu rühren, das ist der Hintergrund der Rühr-mich-nicht-an - Empfindlichkeit des Bundeskanzlers, der mit Entrüstung, mit Demontis, mit Pressegesetzen und schließlich mit Beleidigungsprozessen gegen die Meinungsfreiheit kämpft.

R.G.

Verantwortlich: Peter Raunig

**Sozialdemokratische Partei
Deutschlands**

Frauenbüro

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Post 7354

Nr. 3 /52

20. 3. 1952

Frauentreffen an der Zonengrenze. Am Sonntag, dem 23. März findet in Helmstedt, nahe der Zonengrenze ein grosses Treffen zum Internationalen Frauentag statt, das von den Frauen der SPD-Niedersachsen veranstaltet wird. Die Hauptreferentin ist die SPD-Bundestagsabgeordnete Frau Lisa Korpeter. Durch eine besondere Flugblatt-Aktion sollen die Frauen der Sowjetzone besonders angesprochen werden.

Deutsch-belgisch-holländisches Grenztreffen in Aachen. Zu dem Grenztreffen, das aus Anlass des Internationalen Frauentages am 26.3. in Aachen stattfinden wird, liegen bereits jetzt über 3.000 Voranmeldungen vor. Es wird mit einem Besuch von ca. 4 - 5.000 Frauen gerechnet. Aus dem Ruhrgebiet allein werden ca. 2.000 Frauen zu diesem Internationalen Grenztreffen kommen. Um 11.30 Uhr werden die Teilnehmerinnen im historischen Krönungssaal des Rathauses durch den Oberbürgermeister begrüsst werden. Die internationale Kundgebung beginnt um 15.30 Uhr in der Aula der technischen Hochschule.

Auch zum deutsch-holländischen Grenztreffen in Emmerich zahlreiche Teilnehmer erwartet. Am 30.3. werden in Emmerich unter Teilnahme holländischer Sozialistinnen zwei Veranstaltungen abgehalten werden; die eine um 11 Uhr im Schützenhaus in Emmerich, wo neben der SPD-Bundestagsabgeordneten Frau Luise Albertz auch die ehemalige sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Lore Agnes sprechen wird. Lore Agnes, die im vorigen Jahr 75 Jahre alt geworden ist, war viele Jahre hindurch mit Klara Zetkin eng befreundet. Sie gehört zu den Vorkämpferinnen der sozialistischen Frauenbewegung, und sie steht auch heute noch trotz ihres hohen Alters aktiv in der politischen Arbeit.

Um 16 Uhr findet auf dem Rathausplatz in Emmerich eine grosse Kundgebung statt, auf der neben Luise Albertz der Vize-Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Alfred Bobbert, sprechen wird. Auf beiden Veranstaltungen werden auch Vertreter der holländischen Frauen zu Worte kommen.

Grüsse aus dem Ausland. Beim SPD-Frauenbüro in Bonn sind zum Internationalen Frauentag noch Grussbotschaften der Frauen der kanadischen Arbeiterpartei, CCF, und der sozialdemokratischen Frauen Schwedens eingegangen.

Österreichische Frauentagskundgebung. Bei der grossen Kundgebung der sozialistischen Frauen Wiens, die am 5.4. stattfindet, wird Louise Schroeder sprechen. Louise Schroeder sprach als erste deutsche Frau nach 1945 in Wien, und zwar aus Anlass des Parteitages der österreichischen Sozialistischen Partei 1947.

Rundfunk-Botschaft an die Frauen der Ostzone. Herta Gotthelf sprach über Rias, Berlin, aus Anlass des Internationalen Frauentages zu den Frauen in der Ostzone. Sie wies besonders darauf hin, dass der beste Friedensbeitrag der sein würde, wenn sich die Ostzonen-Mächthaber zur Abhaltung freier Wahlen für Gesamtdeutschland bereit erklären würden, und wenn in der Ostzone die im russischen Friedensangebot bezohlenen politischen und staatsbürgerlichen Freiheiten schon heute gewährt würden.

+ + +

SPD-Frauen im neuen Südwest-Staat-Parlament. Dem neu gewählten Südwest-Staat-Landtag werden Martha Giesemann, Stuttgart, Stefie Restle, Stuttgart und Lena Maurer, Mannheim, angehören, die bereits im alten Landtag mitgearbeitet haben. Nicht mehr gewählt wurden die ehemalige SPD-Landtagsabgeordnete Franziska Schmidt, Heilbronn (Württemberg-Baden), Dr. Gertrud Metzger, Rottweil (Süd-Württemberg) und Dr. Gerda Schlayer-v. Puttkammer, Freiburg (Süd-Baden).